

Wie hat sich das politische System durch die Medien verändert? »Mediatisierung« und »Amerikanisierung« sind neue Konzepte, mit denen Kommunikations- und Politikwissenschaftler die Entwicklung beschreiben.

Die Mehrzahl der Beiträge, die auf die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft 2002 in Dresden zurückgehen, thematisiert eher die Gefahren als die Chancen der Mediendemokratie. Auch ohne Kulturpessimismus sehen viele Autoren die von ihnen beobachteten Veränderungen oft als dysfunktional für den politischen Prozess an. Dabei geht es sowohl um die Qualität der Medieninhalte als auch um die der Nutzung durch den Bürger. Positive Effekte für die Mediendemokratie werden dagegen in neuen Formen politischer Partizipation und gesellschaftlicher Integration gesehen.

30

MEDIENDEMOKRATIE

J. Jandura (Hg.)

SCHRIFTENREIHE DER DEUTSCHEN  
GESELLSCHAFT FÜR PUBLIZISTIK- UND  
KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFT

30

Wolfgang Donsbach  
Olaf Jandura (Hg.)

CHANCEN UND GEFAHREN  
DER MEDIENDEMOKRATIE

Med 4/3/57  
AP 14/150 D687

Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für  
Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Band 30

Wolfgang Donsbach  
Olaf Jandura (Hg.)

*Chancen und Gefahren  
der Mediendemokratie*

UVK Verlagsgesellschaft mbH

Berichtsband der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) vom 29. bis 31. Mai 2002 in Dresden zum Thema »Chancen und Gefahren der Mediendemokratie«.

## Inhalt

*Wolfgang Donsbach / Olaf Jandura*  
Vorwort - Chancen und Gefahren der Mediendemokratie ..... 11

## I Medien und politischer Systemwandel

*Thomas E. Patterson*  
Putting Research Into Practice  
Communication Scholars, the Media, and Democracy ..... 19

*Wolfgang Hoffmann-Riem*  
Mediendemokratie zwischen normativer Vision und  
normativem Albtraum ..... 28

*Thomas de Maizière*  
Politiker in der Mediendemokratie ..... 40

*Frank Esser/Barbara Pfetsch*  
Amerikanisierung, Modernisierung, Globalisierung  
Ein programmatisches Plädoyer für die  
komparative Kommunikationswissenschaft ..... 47

*Boguslawa Dobek-Ostrowska*  
Political Elites and the Mass Media in the Central European Countries ..... 62

*Lucie Hribal*  
Demokratische Funktionalität von Medienstrukturen  
der zentral- und osteuropäischen Transformationsländer ..... 70

*Stephan Buchloh*  
Eingriffe in die Freiheit des Journalismus und der Kunst  
Eine Typologie von Zensurformen ..... 82

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen  
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet  
über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

ISSN 1433-7665  
ISBN 3-89669-414-6

© UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz 2003

Satz: Olaf Jandura, Dresden  
Druck: Legoprint, Lavis

UVK Verlagsgesellschaft mbH  
Schützenstr. 24 · D-78462 Konstanz  
Tel.: 07531-9053-0 · Fax: 07531-9053-98  
[www.uvk.de](http://www.uvk.de)

## II Politische Public Relations

<i>Juliana Raupp</i> PR als Rezipient .....	97
<i>Marion G. Müller</i> Parteitagskommunikation im Bundestagswahlkampf Eine Untersuchung zur »Telematisierung« der SPD- und CDU-Bundesparteitage 2001 .....	109
<i>Jörg-Uwe Nieland</i> Themenmanagement in der Mediendemokratie Der Metrorapid als Beispiel für erfolgreiches Agenda-Building im Landtagswahlkampf NRW .....	131
<i>Jeffrey Wimmer</i> Wie erfolgreich ist die politische PR von NGO's? Medienberichterstattung über die Weltwirtschaftsgipfel .....	145

## III Qualitäten politischer Medieninhalte

<i>Gabriele Meliscek / Josef Seethaler</i> Erfolg und Misserfolg als Dimension der Politikvermittlung Ein attributionstheoretisches Modell .....	161
<i>Patrick Rössler</i> Themenvielfalt im Politikressort Ein Vergleich der Berichtsansätze von 27 deutschen Tageszeitungen .....	174
<i>Carsten Reinemann/Jürgen Wilke</i> Journalisten oder politische Akteure? Wer prägt die Bewertung von Kanzlerkandidaten in der Wahlkampfberichterstattung? .....	188
<i>Olaf Jandura / Heike Großmann</i> Synchronisation von Nachricht und Kommentar in der Wahlkampfberichterstattung Inhaltsanalyse zur Bundestagswahl 1998 .....	201

<i>Olaf Hoffjann</i> Das öffentliche Gesicht der Politik Konflikte, Interdependenzen und deren Folgen für die Beziehungen von Politik und Journalismus .....	212
<i>Wolfgang Donsbach / Olaf Jandura</i> Schröder-Bonus statt Kanzler-Bonus Die Fernsehauftritte der Kanzlerkandidaten von 1998 in den Nachrichten und Nachrichtenmagazinen .....	226
<i>Tanjev Schultz</i> Journalisten als politische Experten Personelle, thematische und argumentative Muster des „Presseclub“ .....	246
<i>Lars Harden</i> Wann Denken politisch wird - Gesellschaftswandel und Studentenbewegung als Frame der Berichterstattung über Philosophie .....	261

## IV Nutzung politischer Medieninhalte

<i>Silvia Knobloch / Matthias Hastall / Dolf Zillmann / Coy Callison</i> Informationsselektion im Internet-Zeitalter – Eine web-experimentelle Überprüfung des Einflusses von Bildern auf die Zuwendung zu Online-Nachrichten in Deutschland und den USA .....	279
<i>Michael Jäckel</i> Defizit oder Differenz? Anmerkungen zur Internetverbreitung in Deutschland unter Berücksichtigung der Knowledge Gap-Hypothese .....	292
<i>Dagmar Unz / Frank Schwab</i> „Powered by Emotions“? Die Rolle von Motiven und Emotionen bei der Nachrichtennutzung .....	305

## V Wirkungen politischer Medieninhalte

*Marcus Maurer*

Mobilisierung oder Malaise: Wie verändert die Politikdarstellung der Massenmedien die Rezipientenurteile über Politik? ..... 319

*Jens Wolling*

Medienqualität, Glaubwürdigkeit und politisches Vertrauen ..... 333

*Simone Christine Ehmig / Hans Mathias Kepplinger / Uwe Hartung*

Skrupellose Machenschaften oder widrige Umstände?  
Die Darstellung und Wahrnehmung der Ursachen  
gesellschaftlicher Missstände..... 350

*Oliver Quiring*

Fernsehnachrichten über die Arbeitslosigkeit und die  
Wahlpräferenzen der Bevölkerung – eine Zeitreihenanalyse 1994-1998 ..... 367

## VI Partizipation und Integration durch Medien

*Caja Thimm*

Elektronische Demokratie und politische Partizipation  
Strukturen und kommunikative Stile eines virtuellen Parteitages ..... 389

*Hans-Jürgen Weiss / Joachim Trebbe*

Haben die Massenmedien einen Einfluss auf die soziale und  
politische Integration in Deutschland nach der Wiedervereinigung?  
Eine Analyse von ALLBUS-Daten aus dem Jahr 1998 ..... 399

*Joachim Trebbe*

Mediennutzung und Integration.  
Eine Integrationstypologie der türkischen Bevölkerung in Deutschland ..... 416

*Andreas Vlašić*

Gesellschaftliche Integration in der Mediendemokratie  
Taugen die Medien als Bildungsbühne zur Vermittlung von  
Normen und Werten? ..... 431

*Die Autoren* ..... 442

*Caja Thimm*

## **Elektronische Demokratie und politische Partizipation Strukturen und kommunikative Stile eines virtuellen Parteitages**

Der Landesparteitag der Grünen in Baden-Württemberg im November/Dezember 2000 fand erstmals ausschließlich im Internet statt. Damit wurde Neuland betreten, denn dieser Parteitag konstituierte sich einerseits anhand der vertauten parteipolitischen Strukturen und Organisationsformen (wie Delegierte, Präsidium, Beschlussvorlagen und deren Diskussion sowie Abstimmungen über entsprechende Vorlagen), andererseits gab es aufgrund der multimedialen Umgebung neue Formen des Austausches. Eine mediengebundene Kommunikationsform, die es ermöglicht, je nach Wunsch von zuhause aus an einer politischen Veranstaltung teilzunehmen und sich nicht mehr nach Maßgabe raum-zeitlicher Übereinstimmung koordinieren zu müssen, bietet somit neue kommunikative Rahmen an (s. auch Thimm/Schäfer 2001). Neben den konkreten Abläufen des Ereignisses selbst wird dieser Beitrag auch dessen Implikationen für die Entwicklung der politischen Kommunikation generell beleuchten und den Parteitag einerseits als innovatives Experiment, andererseits als Teil einer Technologisierung politischer Strukturen verstehen (Barber 1998; Winkel 2001).

### **I Politik im Netz: die Möglichkeiten**

Mit dem Internet werden große Hoffnungen auf weltweite Informationsmöglichkeiten bei politischen Entscheidungen sowie auf globale Demokratisierung durch die ermöglichte Massenpartizipation im Internet verbunden (Barlow 1998; Leggewie/Maar 1998). Es ist sogar die Rede davon, dass das Internet „die Menschenrechte erkämpft habe“ (Fliszar 1998). Angesichts zunehmender Regulierungsbedürfnisse und -möglichkeiten (Riehm 1998) stellt sich allerdings die Frage, welche Art von (politischer) Öffentlichkeit das Internet konstituiert und inwieweit Einflüsse auf traditionelle Formen der Politikvermittlung festgestellt werden können (Dyson/Leggewie 1998). Die Aufbereitungsformen von Angeboten in den Netzen lassen sich im Vergleich mit der konventionellen Kommunikation bisher nämlich zumeist als „digitales Glanzpapier“ beschreiben, das den spezifischen Potenzialen des Netzes nicht gerecht wird, weil es die interaktiven Komponenten größtenteils nicht nutzt und es an Responsivität und Reziprozität mangelt (Leggewie 1998).

Bei solchen Betrachtungen ist es wichtig, vor allem die Nutzerperspektive einzunehmen. So ist es aus der Sicht der politisch Interessierten zentral, dass bei-

spielsweise eine Website einen Mehrwert, einen Zusatznutzen, gegenüber den traditionellen Angeboten hat. Der Mehrwert kann in der Form der Aufbereitung, in der Informationsfülle bzw. -verdichtung, aber auch im Bereich Spiel, Spaß, Gestaltung oder nützlichem Service liegen. Internetangebote müssen dahingehend gestaltet werden, dass sie Teil eines Gesamtkonzeptes zur politischen Kommunikation der Parteien werden. Zwischen dem Anbieter und dem Nutzer sollte eine Beziehung aufgebaut werden, die beiden Seiten einen Vorteil einbringt. Die Inhalte richten sich somit nach der Relevanz für andere und sollten an verschiedene interne und externe Teilsysteme gekoppelt werden. Von besonderer Relevanz ist dabei die Interaktivität durch die Email-Kommunikation (Kleinberger/Thimm 2000). Für die Analyse des virtuellen Parteitages wird es daher strukturell relevant, welchen Mehrwert die Beteiligten dieser Form innerparteilicher Auseinandersetzung zuschreiben bzw. welche Defizite sie artikulieren.

## II Der virtuelle Parteitag: Organisationsstruktur und Beteiligung

### Struktur

Für die Teilnahme am virtuellen Parteitag (VP) war nur die Parteizugehörigkeit Bedingung. Um den Teilhabeberechtigten einen Zutritt zum Diskussionsforum zu ermöglichen und andere ausschließen zu können, wurde jedem auf Antrag ein geheimes Kennwort zugeteilt. Abstimmungsberechtigt blieben aber nur die Delegierten, während eine passive Teilnahme („lurken“) für alle auch ohne Passwort möglich war.

Zu den 114 Personen, die sich mit mindestens einer Mail am Diskussionsgeschehen beteiligten zählen 69 stimmberechtigte Delegierte (von 113) und 45 Mitglieder ohne Stimmberechtigung (39,5 Prozent der Gesamtbeteiligung).

Als wesentliche Parameter der Partizipationsmöglichkeiten lassen sich die zeitliche und räumliche Dimension benennen: Während auf einem regulären Parteitag die Diskussionen hintereinander stattfinden, werden die Themen auf dem virtuellen Parteitag gleichzeitig behandelt. Während ein regulärer Parteitag an einem Ort stattfindet und normalerweise auf zwei Tage begrenzt ist, ist beim virtuellen Parteitag eine Teilnahme von jedem Ort der Erde über 10 Tage lang möglich – Internetanschluss vorausgesetzt. Darüber hinaus gibt es keine Redezeitbegrenzung, kein Losverfahren bei der Auswahl der Redebeiträge – jede und jeder kann sooft mitreden wie er oder sie will. Die genannten Bedingungen setzen den kommunikativen Rahmen für die Teilnehmenden.

Zur thematischen Untergliederung des virtuellen Parteitages lässt sich der Aufbau in vier große Bereiche gliedern: Elektronische Bürgerdemokratie (A), Änderung des Ladenschlussgesetzes (B), weitere Resolutionen (C) und Parteitagsgeflüster (D), ein virtueller Raum für den privaten Austausch per Mail außerhalb politischer Diskussionen bzw. Forum ohne spezielle Themeneingrenzung.

Die vollständige Dokumentation der eingegangenen Emails erlaubt eine quantitative Auswertung der Daten. Die Mails enthalten durch ihre thematische Referenz Hinweise auf den inhaltlichen Bezug, und durch Namensnennung der BeiträgerInnen, auf die man sich bezieht, auch einen präzisen Anknüpfungspunkt. Durch die von uns durchgeführte Vollerhebung ist also Aufschluss über Partizipations- und Referenzverhalten der TeilnehmerInnen möglich.

### Beteiligung

Insgesamt standen aus dem 10 Tage dauernden Parteitag 748 Mails von 114 verschiedenen Beteiligten zur Verfügung. Die quantitative Beteiligung der TeilnehmerInnen am Virtuellen Parteitag ist je nach Thema sehr unterschiedlich. Differenziert man den politischen Bereich (Themen A-C) vom apolitischen (D), so kann man zunächst von einer ausgewogenen Beteiligung (335 für A-C bzw. 396 Mails für D) sprechen. Wird jedoch jeder Bereich für sich betrachtet, kommt dem Forum D eine herausragende Rolle zu. Betrachtet man die Verteilung nach der thematischen Orientierung, so zeigt sich eine deutliche Häufung beim Thema Ladenschluss (Tabelle 1).

Tabelle 1: Themenbeteiligung (differenziert nach Geschlecht und FunktionsträgerInnen)

Themen (Mailanzahl)	Gesamt- zahl der Mails	Frauen	Männer	Prä- sidium 4 Pers.	Landes- vorstand 12 Pers.	Dele- gierte 55 Pers.
Elektronische Bürgerdemo- kratie	115	17	98	8	37	46
Ladenschluss	169	47	122	6	19	105
Weitere Resolutionen	51	9	42	3	16	20
Parteitagsge- flüster	396	148	248	43	75	208
<b>Gesamt:</b>	<b>731</b>	<b>221</b>	<b>510</b>	<b>64</b>	<b>147</b>	<b>379</b>

Als wichtige Größe bezüglich der innerparteilichen Strukturen kann die Kategorie der Rollen- bzw. Funktionsträgerschaft gelten. Hier wurde nach zwei Kategorien unterschieden: nach *Wahlfunktion* (Landesvorstand) und nach *Organisationsfunktion* (Präsidium). Das Präsidium besteht aus vier Personen, die insgesamt nur drei inhaltliche gegenüber 43 formalen Mails geschrieben haben. Letztere waren vornehmlich (30 Mails), in Forum D zu finden. Die restlichen Mails verteilten sich auf die Sachthemen A und B. Der Landesvorstand besteht aus zwölf Personen, die im Gegensatz zum Präsidium eher inhaltliche Mails schrieben. Von insgesamt 102 verfassten Mails sind 63 inhaltlicher Natur und dominant zu den Sachthemen zu finden. 39 Mails hingegen sind formal, die zum Parteitagegeflüster gehörten. Dies zeugt von einer starken Präsenz des Landesvorstandes bzw. des Präsidiums in den politischen Diskussionsforen. Diese starke Aktivität stößt bei einigen Mitgliedern auf Kritik, da sie inhaltliche Dominanz befürchten.

Präsidium und Landesvorstand haben zusammen 209 Mails von 731 (28 Prozent) geschrieben. Allerdings findet sich die höchste Beteiligung nicht innerhalb der politisch thematischen Foren, sondern im eher privat-persönlichen Bereich des Parteitagegeflüsters. Und: die funktional herausragenden Personen, wie Präsidium oder Landesvorstand, sind auch bezüglich ihrer Beteiligungsfrequenz herausragend, zumindest quantitativ zeigen sie eine deutliche Dominanz.

Als ein nicht nur für die Grünen wichtiges Thema lässt sich die Frage nach der Geschlechterverteilung in der politischen Partizipation ansehen. Da mit der netzbasierten Kommunikation gerade auch Hoffnungen auf eine breitere Beteiligung von Frauen verbunden werden, bietet sich ein Vergleich mit den Untersuchungen zur politischen Kommunikation im direkten Face-to-face-Kontakt an. Fühlen sich viele Frauen in den politischen Kommunikationsstrukturen missachtet bzw. diskriminierenden männlichen Diskussionsformen ausgesetzt und sehen sich dadurch eher zum Rückzug aus dem politischen Geschäft motiviert, so stellt sich für die virtuellen Partizipationsformen natürlich die Frage, ob sich hier positive Veränderungen konstatieren lassen. Die 114 TeilnehmerInnen des Parteitages bestehen aus 42 Frauen mit durchschnittlich 5,5 Mails pro Person und 72 Männern mit durchschnittlich 7,2 Mails pro Person. Im Vergleich der quantitativen Beteiligung von Frauen und Männern zeigt sich also eine deutliche Unterrepräsentanz der Frauen bei allen politischen Sachthemen (Tabelle 1). Lediglich beim Parteitagegeflüster übernehmen die Frauen – zumindest quantitativ – die Führungsrolle. Dies scheint die stereotype Erwartung zu bestätigen, dass Frauen sich eher in den sozial und kommunikativ relevanten Bereichen aufhalten als in den weniger beziehungsbezogenen politischen Diskussionen.

### III Politische Themen: Argumentationsstrukturen

Vor allem für die Parteien selbst ist wichtig, ob und inwieweit sich Argumentationsstrukturen verändern wenn sie nicht mehr im interpersonalen Face-to-Face-Austausch stattfinden. Daher wird nachstehen die Argumentstruktur zu einem der diskutierten Themen (Änderung des Ladenschlussgesetzes) genauer beleuchtet. Am Anfang stand die Vorlage des Landes-Vorstandes (LV). Der Vorstand stellte den Delegierten drei Anträge zur Auswahl, wobei keiner von ihnen als expliziter Antrag des LV markiert war und somit – eher ungewöhnlich – keine eigene Vorstandsposition enthielt. Der erste Antrag schlug die vollständige Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten vor. Gefordert wurde die völlige Aufhebung der gesetzlichen Ladenschlusszeiten von Montag bis Samstag und die Öffnung an den vier Adventssonntagen. Im zweiten Antrag wurde eine teilweise Liberalisierung gefordert. Hierbei sollten die Kommunen innerhalb eines bundeseinheitlichen Zeitkorridors werktags von 6 - 22 Uhr die Ladenöffnungszeiten aushandeln dürfen. Sonn- und Feiertage sollten grundsätzlich geschützt bleiben. Der dritte Antrag forderte die Beibehaltung der Ladenöffnungsregelung bei Erhaltung der bestehenden Regelungen. Tabelle 2 zeigt die Verteilung der Pro- und contra-Argumente.

In Bezug auf die Verteilung der Argumente ist das Abstimmungsergebnis überraschend. Die Gegner der Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes haben die meisten und vielseitigsten Argumente aufgebracht, die zusätzlich ständig wiederholt wurden. Dagegen aber steht eine rein numerische Mehrheit der Beiträge für eine teilweise Liberalisierung. Bei der Abstimmung ergab sich dann folgendes Bild: In der ersten Abstimmungsrunde wurde mit 52 Prozent der abgegebenen Stimmen sehr klar der Antrag zur „bedingten Liberalisierung“ als Leitantrag für die folgenden Abstimmungen gewählt. Überraschend an diesem Votum ist, dass 16 Prozent der Delegierten sogar für eine vollständige Liberalisierung des Ladenschlusses stimmten und nur 32 Prozent für die Beibehaltung. Zudem hatten sich gewichtige Personen wie der Landesvorstand sowie der Vertreter der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) für den letzten Antrag stark gemacht. Trotzdem wurde in der dritten Abstimmungsrunde mit 43 zu 28 Stimmen bei 3 Enthaltungen eine klare Entscheidung für eine bedingte Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes getroffen (58,1 zu 37,8 Prozent).

Die Frage nach den Gründen für dieses Abstimmungsergebnis verweist auf verschiedene Merkmale der medialen Situation. Einerseits gab es durch die elektronische Kommunikationsform einen gewissen Grad an Unübersichtlichkeit, andererseits wirkte sich der Wegfall des persönlichen Kontaktes, der bei den normalen Parteitagungen eine wichtige Rolle spielen kann, in Form einer reduzierten Ein-

flussnahme aus. Die direkte Kontaktaufnahme mit einzelnen, vielleicht zögerlichen Delegierten ist dem Vorstand (oder anderen Mitgliedern der jeweiligen Interessengruppe) im virtuellen Geschehen längst nicht so leicht möglich. Zwar wäre – strukturell gesehen – eine direkte Email an die Person eine Handlungsoption, dies würde aber einen deutlich höheren Aufwand darstellen. Zudem ist die Entwicklung der Abstimmungsatmosphäre in der virtuellen Halle der politischen Führung nicht so leicht zugänglich.

Tabelle 2: Argumentationsstrukturen zum Thema Ladenschluss

Contra-Argumente	Häufigkeit	Pro-Argumente	Häufigkeit
Rücksicht auf Beschäftigte	20	Anpassung an flexiblere Umwelt	10
Verlust des wohnortnahen Einkaufens, der Einkaufsvielfalt oder der Qualität der Beratung	13	Kommunale raumplanerische Eigenverantwortung für die Öffnungszeiten	8
Kleine und mittlere Betriebe als Verlierer	11	Ausweitung, aber ohne Sonntage	7
Liberalisierung nutzt nur großen Ketten	9	Veränderung bedeutet Umgestaltung, Chance Belebung der Innenstädte durch Liberalisierung	5
Forderung nach Liberalisierung ist egoistisch, es muss nicht alles erfüllt werden	9	Für eine Liberalisierung durch gewisse betriebliche Einschränkungen	4
Der Individualverkehr steigt an	6	Steigerung der Lebensqualität durch Einkaufen	4
Öffnungszeiten sind ausreichend flexibel	6		
Generell gegen Sonntagsverkauf	6		

Als ein grundsätzliches strukturelles Problem kann die lange Dauer und der parallele Verlauf der einzelnen Diskussionen angesehen werden, durch die die Einzelbeiträge aus dem Verständnisrahmen gerissen wurden. So wird es den Teilnehmern Probleme bereitet haben, gewisse Argumentationsstränge zu ver-

folgen oder überhaupt wahrzunehmen. An dieser Abstimmung zeigt sich vielleicht am deutlichsten, welche Risiken eine online-Meinungsfindung und eine daran gebundene Abstimmung für die Parteipolitik darstellen kann. Möglicherweise beugen sich dort die Delegierten weniger leicht einer durch die politische Führung vorgetragenen Parteiräson und machen eher den eigenen Standpunkt zur Abstimmungsgrundlage. Dies, so unsere Hypothese, sollte sich auch in den Bewertungen bzw. Kommentaren niederschlagen, die die Beteiligten vor allem im „Parteitagsgeflüster“ mitteilten.

## V Einstellung und Bewertungen

Zur Auswertung der Wahrnehmungen und Einstellungen der Beteiligten zum Virtuellen Parteitag haben wir keine gesonderte Umfrage durchgeführt, sondern das gesamte vorhandene Material auf entsprechende Bewertungen hin ausgewertet. Dieses Verfahren eröffnet einen direkten und ungefilterten Zugang zu den spontanen Äußerungen der Beteiligten und gibt daher ein Bild der verschiedenen Bewertungsdimensionen.

Die *negativen* Äußerungen betreffen hauptsächlich zwei Bereiche: den Mangel an Face-to-Face Austausch und die technischen Unzulänglichkeiten. Sie spiegeln sich in Äußerungen wie „Mann, ist das öde. Nix zu gucken, niemand zum Tratschen, kein Objekt des Tratsches, kein gemeinsamer Kneipentisch, stattdessen virtueller Espresso – wo ich doch eh Tee trinke und somit auch noch diskriminiert bin. Wer gründet mit mir eine Initiative für die Pflege des Parteitags als sinnliches Erlebnis?“ Genau darin sahen andere jedoch gar keinen großen Unterscheid zum Real-Life-Parteitag: „Sind die Parallelen zu unserem realen Parteitag nicht süß? Auch dort ist doch so, dass sich die Leute supergern im Foyer verdingen und GRÜNEN Tratsch abhalten, oder?...“. Ein weiterer Aspekt ist die politisch relevante Frage, ob die Zusammensetzung des VP die Entscheidungen beeinflusst: „Heute ist der ViP für mich erstmals echte Realität geworden. Plötzlich gibt es echte Anrufe. Ich komme ins Grübeln: Hat die Zusammensetzung des Internetparteitages die Entscheidung für die Teilliberalisierung bewirkt? Stimmen hier die jungen Kunden ab, die keine Rücksicht auf Familienleben nehmen müssen? Für mich trifft's zu....“

*Positive Voten* bezogen sich vor allem auf die gute Erreichbarkeit, den zeitlichen Rahmen und (interessanterweise) die Parallelität zwischen dem virtuellen und den realen Parteitagen. „...Der zeitliche Rahmen von 10 Tagen gibt auch Leuten Beteiligungsmöglichkeiten, die längst in der Flexibilitätsfalle sitzen und aus beruflichen oder familiären Gründen Schwierigkeiten haben, viel ‚Zeit am

Stück'(z.B. einen ganzen Tag) freizuschaukeln und/ oder freizuhalten...' Oder: „Schön, dass hier alles wie beim echten Parteitag beginnt läuft: Alle die schon da sind quatschen erst mal in der Kaffecke. Und selbst den, der nur kurz zum stänkern vorbeikommt gibt's in virtuell.“

Zur Frage, ob der VP die Beteiligung der Frauen verändert hat, finden sich sehr gegensätzliche Positionen: „Es ähnelt hier doch in einer Hinsicht sehr dem ‚normalen‘ Parteitag: Die Frauen beteiligen sich maßvoller. Oder geht es euch auch wie mir anfangs so, dass eure Beiträge einfach nicht durchkamen?“ Hier vermischen sich strukturelle Probleme der grünen Partei mit grundlegenden Kommunikationsfragen. Allerdings erscheint es auch für diese Fragestellung gerechtfertigt, von einer starken Parallelität zwischen virtuellen und realen Strukturen auszugehen: Die Email Kommunikation ist zwar als Schriftkommunikation eine andere Form der Vermittlung, aber doch immer noch *Selbstpräsentation*. Zudem ist der VP durch seine große und anonyme Öffentlichkeit als ein Forum öffentlicher Kommunikation mit vergleichbaren Unsicherheitsgefühlen verbunden wie ein Auftritt am Mikrophon des realen Parteitages.

In den Mails fand sich eine Vielzahl von Verbesserungsvorschlägen, die sich mit verschiedenen Aspekten der technisch-organisatorischen Konzeption beschäftigten, so zum Beispiel die visuelle Gestaltung und die Übersichtlichkeit, die Organisation der Abstimmungsrunden oder die Einrichtungen von „threads“ (also Gesprächsfäden), die eine kohärente Abfolge der Beiträge beinhalten. Als großes Problem erwies sich das Verhältnis von Realzeit zu Serverzeit, die insbesondere auch bei der Schlusszeit für Abstimmungen auch juristisch nicht unproblematisch ist. Ein weiterer für die Interaktion wichtiger Vorschlag betraf die mangelnde Information über die virtuelle und reale Anwesenheit von Personen, die in der Forderung nach einer Anwesenheitsliste und einem konkreten Vorschlag zur Einrichtung eines Chat mündete. Wie sehr dann doch der direkte Kontakt vermisst wurde, der politische Arbeit auch auszeichnet, zeigt folgender Verbesserungsvorschlag: „Ich möchte anregen, künftig eine Möglichkeit einzubauen, auch Beiträgen Applaus zu spenden.“

## Fazit

Aus der Sicht der Grünen war der erste virtuelle Parteitag „ein großer Erfolg, auf den wir stolz sein können“ (www.virtuellerparteitag.de). Als besonders positiv wurde die Aktivität bisher nicht engagierter Mitglieder und Delegierter, Sympathisanten und KritikerInnen angesehen. Insgesamt wurde die Webseite ca. 35.000 mal aus 47 Ländern aufgerufen und 350 Redepasswörter ausgegeben, von

denen rund 100 aktiv am Redepult erschienen. Dass es bei der Organisation deutliche, aber behebbare Schwächen gab und dass man auch einem Mitgliederpotenzial der Grünen, das eher zur gebildeten Mittelschicht zu rechnen ist, einen völlig unproblematischen Umstieg vom personalen zum medialen Austausch nicht ohne weiteres schmackhaft machen kann, wurde allerdings auch deutlich. Aus medienwissenschaftlicher Sicht erscheint neben solchen Erfolgswerten und konkreten Bilanzierungen jedoch der Versuch von größerer Tragweite, mehr Öffentlichkeit für *interne* Parteiprozesse, für die Erhöhung der Transparenz politischer Meinungsfindung durch das Medium Internet zu schaffen (Gellner 1998; Gellner/Strohmeier 1999). Mangelnde Partizipationsmöglichkeiten, geringe Teilhabe an relevanten politischen Entwicklungen sowie mangelnde Transparenz bei parteiinternen Entscheidungen sind strukturelle Probleme, die sich über das Medium Internet neu bestimmen lassen.

## Literatur

- Barber, Benjamin (1998): Wie demokratisch ist das Internet? In: Leggewie, Claus; Maar, Christa (Hg.): Internet und Politik. Köln, S. 120-133.
- Barlow, John (1998): Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace. In: Bollmann, Stefan; Heibach, Christiane (Hg.): Kursbuch Internet. Anschlüsse an Wirtschaft und Politik, Wissenschaft und Kultur. Mannheim, S. 119-124.
- Dyson, Esther; Leggewie, Claus (1998): Lasst die Inhalte für sich selbst streiten. In: Leggewie, Claus; Maar, Christa (Hg.): Internet und Politik. Köln, S.111-119.
- Fliszar, Fritz (1998): Das Internet erkämpft das Menschenrecht. Nicht nur Gedanken, auch Informationen sind frei. In: Pfammater, René (Hg.): Multi Media Mania. Reflexionen zu Aspekten Neuer Medien. Konstanz, S. 259-267.
- Gellner, Wienand (1998): Das Ende der Öffentlichkeit? In: Gellner, Wienand; Korff, Fritz von (Hg.): Demokratie und Internet. Baden-Baden, S. 11-24.
- Gellner, Winand; Strohmeier, Gerd (1999): Netzwahlk(r)ampf. Die Wahlkommunikation im Internet. In: Holtz-Bacha, Christina (Hg.): Wahlkampf in den Medien - Wahlkampf mit den Medien. Opladen, S. 86 - 108.
- Günther Kleinberger, Ulla; Thimm, Caja (2000): Soziale Beziehungen und innerbetriebliche Kommunikation: Formen und Funktionen elektronischer Schriftlichkeit in Unternehmen. In: Thimm, Caja (Hg.): Soziales im Netz. Sprache, Beziehungen und Kommunikationskulturen im Internet. Opladen, Wiesbaden, S. 270-287.
- Handler, Peter (1997): „There's a message in the wire.“ Stilistische Annäherungen an das Phänomen E-Mail. In: Moderne Sprachen 39, S. 44-63.
- Leggewie, Claus; Maar, Christa (Hg.) (1998): Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie. Köln.
- Leggewie, Claus (1998): Demokratie auf der Datenautobahn. In: Leggewie, Claus; Maar, Christa (Hg.): Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie. Köln, S. 19-53.
- Riehm, Ulrich (1998): Notwendigkeit und Möglichkeit einer „Internetpolitik“. In: Pfammater, René (Hg.): Multi Media Mania. Reflexionen zu Aspekten Neuer Medien. Konstanz, S. 213-249.
- Thimm, Caja; Schäfer, Holger (2001): Politische Kommunikation im Internet: Hypertextsorten und politische Semantik im Online-Wahlkampf. In: Diekmannshenke, Hajo; Meißner, Iris (Hg.): Politische Kommunikation im historischen Wandel. Tübingen, S. 199-223.

Winkel, Olaf (2001): Die Kontroverse um die demokratischen Potenziale der interaktiven Informationstechnologien - Positionen und Perspektive. In: Publizistik 2, S. 140-161.

*Hans-Jürgen Weiss/Joachim Trebbe*

## **Haben die Massenmedien einen Einfluss auf die soziale und politische Integration in Deutschland nach der Wiedervereinigung?**

**Eine Analyse von ALLBUS-Daten aus dem Jahr 1998**

Mehr als zehn Jahre nach der politischen Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands ist die soziale Integration der Ost- und Westdeutschen unter dem Dach der Bundesrepublik Deutschland noch lange nicht abgeschlossen. Folgt man den Ergebnissen der Transformationsforschung (Fuchs et al. 1997; Häder/Häder 1998; Falter et al. 2000; Niedermayer 2001), unterscheiden sich die ehemaligen DDR-Bürger nach wie vor erheblich in ihren sozialen und politischen Einstellungen von den Bürgern der alten Bundesrepublik Deutschland. Dazu kommt, dass die sozialen und ökonomischen Folgen der Wiedervereinigung und die damit verbundenen Verluste und Gewinne in beiden Bevölkerungsegmenten unterschiedlich eingeschätzt werden. Dementsprechend konträr sind die Bilder, die sich die Ost- und Westdeutschen in diesem Zusammenhang von sich selbst und den jeweils anderen machen. Das unterschiedliche Systemvertrauen und die Defizite in der Solidarität zwischen den neuen und alten Bürgern der Bundesrepublik Deutschland sind zu einem wesentlichen Teil in der Diskrepanz der Lebensverhältnisse in den neuen und alten Bundesländern verankert (Delhey/Böhnke 1999). Die schwierige ökonomische Lage vieler ehemaliger DDR-Bürger hat in den neuen Bundesländern zu einem sozialen Klima geführt, das durch eine weit verbreitete Enttäuschung der – auf Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit bezogenen – Erwartungen geprägt ist, die ursprünglich mit der Wiedervereinigung verknüpft worden sind.

Andererseits muss man sich vergegenwärtigen, dass nicht nur die damaligen Erwartungen der Ostdeutschen kommunikativ vermittelt waren, sondern dass auch ihre aktuelle Beurteilung der neuen Lebensverhältnisse in Kommunikationsprozesse eingebettet ist. Insofern gibt es gute Gründe für die Annahme, dass persönliche Gespräche im privaten und beruflichen Umfeld und ebenso das, was man aus den Medien erfährt, Auswirkungen auf die Einstellungen zum Leben in der Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung haben.

Tatsächlich verbreiten die Medien in Deutschland kontinuierlich Beiträge, die manifest und latent – in Form von Information und Unterhaltung, Fakten und Meinungen – Auskunft über innerdeutsche Befindlichkeiten geben. Spekulation-